

Wesentlicher Anlaß des Informationsaustauschs ist die Überzeugung, daß zur Umsetzung von neuen Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrplänen in den Ländern auch eine Kooperation zwischen den zuständigen Landesinstituten und dem Bundesinstitut für Berufsbildung nützlich sei.

Anknüpfend an bestehende Kontakte des Landesinstituts in Soest, sollte das Treffen den gegenseitigen Informations- und Erfahrungsaustausch vor allem im Bereich der Curriculumentwicklung für berufliche Schulen intensivieren. Die Teilnehmer begrüßten die nordrhein-westfälische Initiative und bekundeten, daß auch sie wegen der äußerst vielfältigen und dringenden Aufgabenstellungen im Bereich der beruflichen Bildung durch eine künftig zu intensivierende Information und Kooperation eine nachhaltige Unterstützung ihrer Arbeit erwarten. TIEDEMANN wies in diesem Zusammenhang auch auf das gemeinsame Ergebnisprotokoll von 1972 hin, nach dem seither Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrpläne der KMK in abgestimmter Weise entwickelt worden sind. Die Umsetzung von neuen Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrplänen in den Ländern könnte durch eine Kooperation der dafür verantwortlichen Institute künftig wesentlich erleichtert werden. PÜTZ unterstrich diese Ausführungen und betonte, daß das Bundesinstitut für Berufsbildung sich in diesem Rahmen als Fachpartner verstehe, wie die einzelnen Landesinstitute untereinander.

Breiten Raum nahm die Präsentation der Organisations- und Aufgabenstrukturen und der aktuellen Arbeitsschwerpunkte der einzelnen Institute ein. Hierdurch ergab sich ein interessantes Szenario, welches eine intensive Fachdiskussion auslöste.

Hierbei kristallisierten sich aber auch Themen, die in allen Instituten gleichermaßen von aktueller Bedeutung sind. Zu nennen sind hier der Fremdsprachenunterricht in der Berufsschule, der fächerübergreifende Unterricht und insbesondere die didaktische Verknüpfung von berufsübergreifenden (s. g.

allgemeinen) Fächern und berufsbezogenen Fächern. Ein weiteres zentrales Thema der Fachgespräche war die Förderung Benachteiligter in der beruflichen Bildung. Hierzu stellte PÜTZ die Ergebnisse eines Forschungsprojekts des BIBB vor.

Interesse fand auch die 1991 gegründete Arbeitsgemeinschaft „Berufsbildungsforschungsnetz“. Ziel dieser Arbeitsgemeinschaft ist, die informationelle Infrastruktur für freiwillige wissenschaftliche Arbeit zu verbessern und die Berufsbildungsforschung auf dieser Grundlage durch Austausch von Daten, Dokumentationen und Forschungsergebnissen zu fördern. Die Teilnehmer hielten die Arbeit dieser Arbeitsgruppe für grundsätzlich interessant.

Verlauf und Ergebnisse dieser Tagung wurden von allen Beteiligten für sehr anregend, hilfreich bewertet. Deshalb wurde vereinbart, vergleichbare Informationstreffen in regelmäßigen Abständen durchzuführen. Einladungen zu diesen Treffen sollen künftig an alle Landesinstitute und das Bundesinstitut in Berlin ergehen. Das ISB München erklärte sich bereit, das nächste Informationstreffen im Herbst 1994 auszurichten.

Weiterhin wird das Landesinstitut in Soest im Frühjahr 1994 eine Fachtagung ausrichten, die der Lehrplanentwicklung gemäß den Intentionen eines modernen handlungsorientierten Unterrichts gewidmet sein wird.

„Vorbereitung von psychisch Behinderten auf eine Fortbildung oder Umschulung“

Helena Podeczka

Die Arbeitsgruppe „Psychisch Behinderte“ des Ausschusses für Fragen Behinderter (AFB) führte am 21. und 22. Juni 1993 in Berlin eine

Arbeitstagung zur „Vorbereitung von psychisch Behinderten auf eine Fortbildung oder Umschulung“ durch. Eingeladen waren Experten/-innen aus Einrichtungen, die unterschiedliche Ansätze bei der Vorbereitung von psychisch Behindererten auf eine Fortbildung oder Umschulung praktizieren.

Über die konkrete Ausgestaltung der Vorbereitungsmaßnahmen an den verschiedenen Lernorten (Rehabilitationseinrichtungen, andere Berufsbildungseinrichtungen, Betriebe) war bisher nur wenig bekannt. Zur Verbesserung der beruflichen Bildungschancen für psychisch Behinderte sind gezielte Vorbereitungsmaßnahmen aber unentbehrlich. Die Arbeitsgruppe „Psychisch Behinderte“ des AFB möchte durch die Arbeitstagung zu mehr Transparenz über die praktizierten Ansätze der Vorbereitung beitragen. Durch die Darstellung der verschiedenen Ansätze in einem Tagungsband soll ein Informationsaustausch und die Initiierung weiterer Maßnahmen vor Ort angeregt werden.

Es wurden Ansätze vorgestellt,

- die das Lernen am Arbeitsplatz in einem Betrieb des allgemeinen Arbeitsmarktes zum Training der beruflichen und sozialen Fähigkeiten nutzen. Die begleitende Beratung und Betreuung der psychisch Behinderten sowie der Mitarbeiter/-innen der Betriebe übernehmen bei diesen Ansätzen die Fachkräfte eines Bildungsträgers oder ein psychosozialer Dienst.
- die eine überbetriebliche Vorbereitung von psychisch Behinderten auf eine weitere Bildungsmaßnahme durchführen.

Ein privates Berufsförderungszentrum stellte eine fünfmonatige Berufsvorbereitungsmaßnahme für psychisch Behinderte vor.

Von Mitarbeiter/-innen des Berufsförderungswerkes Köln wurde eine speziell für die Zielgruppe „Psychisch Behinderte“ konzipierte sechswöchige Arbeitserprobung und

Berufsfindung vorgestellt sowie ein dreimonatiges Rehabilitationstraining. Dieses wird für Rehabilitanden/-innen mit einer psychischen Vorerkrankung vor einem regulären Rehabilitationsvorbereitungslehrgang durchgeführt.

Das Berufsförderungswerk Frankfurt/Main beschrieb einen integrativen Ansatz bei der beruflichen Förderung von psychisch Behinderten. Rehabilitanden/-innen mit einer psychischen Vorerkrankung nehmen an den regulären Arbeiterprobungs-/Berufsfindungs-, Vorbereitungs- und Umschulungsmaßnahmen teil. Die jeweilige Maßnahme wird individualisiert in einem BFW-internen Trainingszentrum fortgeführt, wenn es die Behinderungsauswirkungen in bestimmten Phasen des Rehabilitationsprozesses (drohende Wiedererkrankung, Abbruch) erforderlich machen sollten. Nach einem unterschiedlich langen Aufenthalt im Trainingszentrum wird eine Rückkehr in die reguläre Lerngruppe angestrebt.

Von einem nordrhein-westfälischen Arbeitsamt wurde ein Verbund von verschiedenen Bildungsträgern installiert, in dem ein Hauptträger eine Grundausbildung sowie die psychosoziale Betreuung über die gesamte Vorbereitung anbietet. Die übrigen Bildungsträger stellen für einzelne psychisch Behinderte oder Kleingruppen Plätze in verschiedenen Berufsfachrichtungen zur Verfügung. Mehr Erprobungsmöglichkeiten in unterschiedlichen Berufsfeldern im Rahmen der Vorbereitung können so bei einem überbetrieblichen Träger realisiert werden.

Das Berufliche Trainingszentrum Köln sowie eine Berliner Werkstatt für psychisch Behinderte stellten ihre Trainingskonzepte vor. Die Teilnahme an diesem Training hat vorrangig die Vermittlung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt zum Ziel. Erfahrungsgemäß schließt sich für einen Teil der Absolventen/-innen dieses Trainings eine weitere berufliche Rehabilitationsmaßnahme an, z. B. eine Um-

schulung in einem Berufsförderungswerk. Das Training in den beiden oben genannten Einrichtungstypen hatte in diesen Fällen die Funktion einer Vorbereitung auf die weiterführende berufliche Rehabilitationsmaßnahme.

Aus den neuen Bundesländern wurde über den Aufbau einer Einrichtung in Leipzig berichtet, die neben Dauerarbeitsplätzen für psychisch Behinderte auch Trainingsplätze anbieten wird, die zur Vorbereitung auf eine Umschulung genutzt werden können, sobald adäquate Umschulungsangebote für psychisch Behinderte zur Verfügung stehen.

Der Ausschuss für Fragen Behinderter wird die Ergebnisse der Arbeitstagung im Oktober 1993 beraten.

Innovationstransfer auf der Basis von Akzeptanz und Zusammenarbeit

Antje Lenk, Martina Klocke

Der Prozeß der Strukturveränderung in den neuen Bundesländern wird durch die Planung und Durchführung von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen unmittelbar berührt. Gerade hier gilt es, über Hilfe zur Selbsthilfe eine Qualifizierungsinfrastruktur zu schaffen, die dem tatsächlichen Bedarf der Wirtschaft bzw. des Arbeitsmarkts gerecht wird.

Die überbetrieblichen Aus- und Fortbildungsstätten ÜAZ Waren und ÜAZ Elmsborn entwickeln seit Januar 1992 in einem gemeinsamen Modellversuch übertragbare Ansätze, die helfen, die berufliche Bildung zusammen mit Betrieben zu gestalten und

umzusetzen. Hierzu prüft das ÜAZ Waren im Auftrag des Bundesinstituts für Berufsbildung, gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft im Rahmen des Innovationstransferprogramms „Berufsbildung in der Wirtschaft“ eine betriebsnahe und zukunftsorientierte Gestaltung der beruflichen Aus- und Weiterbildung unter besonderer Berücksichtigung neuer Technologien im betrieblichen Einsatz.

Das Projekt konzentriert sich auf den Kreis Neubrandenburg in Mecklenburg-Vorpommern. Die Ansätze für diese Region ergaben sich zunächst aus der Auswertung folgender Erfahrungsbereiche:

- Modellversuchsreihe des ÜAZ Elmsborn und sechs weiterer Weiterbildungsträger „Qualifizierungsberatung zur Verbesserung des Weiterbildungsangebots für kleine und mittlere Betriebe, Schwerpunkt ‚Neue Technologien‘“, gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (1.87 bis 12.89).
- Modellprojekt „Einrichtung einer Lernfabrik unter Berücksichtigung von CIM Strukturen im ÜAZ Elmsborn“, gefördert vom Ministerium für Wirtschaft, Technik und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein (2.89 bis 12.91).

Um in einem neuen bildungspolitischen Rahmen in Mecklenburg-Vorpommern betriebsnahe Aus- und Fortbildung zu praktizieren, wurden zunächst mit Hilfe einer neu eingereichten Qualifizierungsberatung Randbedingungen wie Branchenverteilung in der Region, realisierte Betriebsstrukturen und Produktionsprogramme betrachtet. Die Bestimmung der kommenden Strukturpolitik ist zugleich wesentliche Voraussetzung zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten Weiterbildungsstruktur.

Die Qualifizierungsberatung des ÜAZ Waren wird als Dienstleistungsangebot in Kooperation mit den Kammern, der Wirtschaftsförderung, der Technologieberatung und anderen